

SOLOTHURNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative
unterschreiben!

Die FDP im Einsatz für KMU

KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Die Linke versucht die Corona-Krise zu nutzen und sich als Hüterin der KMU zu inszenieren – das hat nichts mit der Realität zu tun. Die FDP hingegen setzt sich täglich für Arbeitsplätze und KMU ein. Daniela Schneeberger hat einige Beispiele herausgegriffen.

Seite 7

«Einer für alle – alle für einen»

Das einzig Sichere an Krisen ist: Die nächste kommt bestimmt. Deswegen muss die Schweiz in Zukunft noch resilienter werden – auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene. Andrea Caroni stellt wichtige Forderungen aus den Corona-Papieren der FDP vor.

Seiten 10 und 11

Alle Vorlagen vom 27. September

Wegen Corona kommt es bald zum «Superabstimmungssonntag» mit Volksentscheiden zur Kündigungsinitiative, zu neuen Kampfflugzeugen, Kinderdrittbetreuungsabzügen, zum Vaterschaftsurlaub und Jagdgesetz. Wir liefern alle Infos.

Seiten 16 bis 21

Karin Keller-Sutter im Interview



«Kündigungsinitiative ist ein Hochrisikospiegel.»

Seite 21



Nein zur schädlichen Begrenzungsinitiative

Delegiertenversammlung

Die freisinnigen Solothurnerinnen und Solothurner setzten an der Delegiertenversammlung in Kestenholz ein starkes Zeichen. Zu allen Vorlagen wurden klare Parolen gefasst. Dank einem Corona-Schutzkonzept konnte die Versammlung in physischer Form abgehalten werden.

Parteipräsident Stefan Nünlist kann zusammen mit der Blasmusik Waldheim rund 150 Delegierte und Gäste in der Mehrzweckhalle in Kestenholz begrüßen. Vorab gilt es, den beiden Jubilaren Kurt Fluri, 65, und Rolf Büttiker, 70, mit launigen Wor-

ten zu ihren speziellen Geburtstagen zu gratulieren. Einleitend macht der Parteipräsident auf drei aktuelle Themen aufmerksam.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–5 Solothurner Freisinn
- 6 Die SP – plötzlich eine Wirtschaftspartei?
- 7 Die FDP im Einsatz für KMU
- 8 Neue Mitglieder im Parteivorstand
- 9 KMU-Porträt: Geobruugg AG
- 10/11 Massnahmen für eine krisenresistente Schweiz
- 12 Petra Gössi zur Enkelstrategie
- 13 RADIGAL: Vielfalt am Arbeitsplatz
- 14 FDP Frauen: Ja zur Luftraumsicherheit
- 15 Vorschau auf die Herbstsession
- 16 Update zur freisinnigen Umweltpolitik
- 17 Gastbeitrag zur Kündigungsinitiative
- 18 Maja Riniker zu den Abstimmungen vom 27. September
- 19 Ruedi Noser: Nein zur «UVI»
- 20 Thierry Burkart: Ja zu neuen Kampfflugzeugen
- 21 Kündigungsinitiative: Interview mit Karin Keller-Sutter
- 22 Update zur Renteninitiative
- 23 Aus dem Generalsekretariat/ Agenda



Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise hat unsere Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik innert kürzester Zeit vor eine ausserordentliche Herausforderung gestellt. Gerade in dieser schwierigen Zeit, die viel von uns allen verlangt hat, und dies immer noch tut, gilt mehr denn je: Wir müssen in die Zukunft sehen und die Weichen für unser Land, unsere Kinder und Enkelkinder richtig stellen.

Werden Sie Teil unserer Enkelstrategie

Die Schweiz braucht eine langfristige Strategie – eine Enkelstrategie – die gewährleistet, dass unser Wirtschaftsstandort an der Weltspitze bleibt, die Sozialwerke für die zukünftigen Generationen gesichert werden und wir unseren Kindern und Enkelkindern intakte Lebensgrundlagen hinterlassen können. Diese Enkelstrategie wollen wir gemeinsam mit Ihnen erarbeiten. Sie erhalten in den nächsten Tagen Post von mir mit den Zugangsdaten zu unserer Mitgliederumfrage zur Enkelstrategie. Ziel dabei ist, dass wir ein möglichst umfassendes Bild der verschiedenen Meinungen in unserer Partei erhalten. Ich danke Ihnen bereits jetzt, dass Sie sich an der Umfrage beteiligen.

Nein zur Kündigungsinitiative, Ja zu neuen Kampfflugzeugen

Eine wichtige Entscheidung können wir bereits am 27. September 2020 treffen, indem wir mit einem Nein zur schädlichen Kündigungsinitiative die Kündigung der bilateralen Verträge verhindern. Denn wir dürfen nicht vergessen: Die Schweiz verdient zwei von fünf Franken im Aussenhandel und

mehr als die Hälfte der Schweizer Exporte gehen in die EU. Gerade in den momentan unsicheren Zeiten braucht es keine Hochrisiko-Experimente, welche die stabile Beziehung mit unserer wichtigsten Handelspartnerin aufs Spiel setzen.

Die aktuelle Krise zeigt auch, dass wir jederzeit auf das Unerwartete vorbereitet sein müssen. Das gilt auch für Bedrohungen aus der Luft. Daher ist es jetzt an der Zeit, neue Kampfflugzeuge zu beschaffen und einen Beitrag zu leisten, dass der Schutz unseres Luftraums auch in Zukunft sichergestellt werden kann.

Unterschreiben Sie die Renteninitiative!

Doch nicht nur die FDP, sondern auch die Jungfreisinnigen setzen sich mit vollem Gewicht dafür ein, dass auch die zukünftigen Generationen gute Zukunftsperspektiven haben. Ihre Renteninitiative sorgt für eine langfristig sichere und nachhaltige Altersvorsorge und ermöglicht, dass unsere Kinder und Enkelkinder vom gleichen sozialen Schutzschild profitieren können wie die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Ich freue mich, wenn auch Sie den Unterschriftenbogen, den Sie in der Beilage dieses Freisinns finden, unterschreiben und damit einen wichtigen Beitrag leisten, unsere Altersvorsorge für die Zukunft zu sichern.

Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre und danke Ihnen für Ihr Engagement für die liberale Idee!

Ihre Petra Gössi
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Die Delegiertenversammlung in Kestenholz war gut besucht.



Podiumsdiskussion mit Moderator Rolf Schmid, Vanessa Meury (JSVP), Roger Köppel (Nationalrat SVP), Kurt Fluri (Nationalrat FDP), Philipp Eng (Präsident JFSO).

Fortsetzung von Seite 1

So ist er sehr besorgt über die aktuelle Corona-Situation. Die unterschiedlichen Regelungen in den verschiedenen Kantonen und die fehlenden Infos der Behörden über die Ansteckungsorte und -situationen sind verwirrend und verunmöglichen der Bevölkerung, Verantwortung wahrzunehmen und sich zu schützen. Die FDP erwartet von den Behörden klare und ehrliche Informationen.

Weiter stossen die Ungereimtheiten im Zusammenhang mit dem Umbau des Solothurner Bürgerhospitals auf. Die Regierung muss hier Transparenz schaffen und Zahlen und Fakten auf den Tisch legen, inklusive Vergleichszahlen mit andern Spitalbauprojekten.

Das dritte aktuelle Thema ist die Initiative «Jetzt si mir draa», welches nun im Kantonsrat diskutiert wird. Die Steuerbelastung im Kanton Solothurn ist zu hoch, hier braucht es Lösungen. Darum wird die FDP Fraktion der Initiative zustimmen und erwartet von der Regierung einen entsprechenden Gegenvorschlag, der den Anliegen der Gemeinden Rechnung trägt.

Gemeinsam mit Felix Hug gibt Stefan Nünlist einen Ausblick auf die Wahlen 2021. An der Delegiertenversammlung vom 20. Oktober 2020 in Solothurn wird der Parteivorstand den Kandidaten/die Kandidatin zur Nomination vorschlagen, welche/er zusammen mit Remo Ankli für die Regierungsratswahlen antritt.

Ja zum neuen Jagdgesetz

Kantonsrat Peter Hodel plädiert für das neue Jagdgesetz. Er sieht darin ein Mittel für mehr Artenschutz und mehr Nachhaltigkeit. Für ihn ist es ganz klar ein Vorteil, dass den Kantonen mehr Kompetenzen in diesem Bereich erteilt werden.

David Gerke, Grüne Kanton Solothurn, möchte das neue Jagdgesetz zurück an den Absender

beordern. Er befürchtet, dass im Umgang mit geschützten Tierarten ein kantonaler Wildwuchs entsteht.

Die Delegierten stimmen mit 92 Ja und 39 Nein mit zwei Enthaltungen der Vorlage zu.

Ja zum höheren Abzug Kinderdrittbetreuungskosten

Kantonsrat Christian Thalmann erläutert die Vorlage zur Anpassung der Bundessteuer. Aus seiner Sicht bringt der Abzug der Kinderdrittbetreuungskosten eine Entlastung für die Familien mit Kindern. Zudem werden mit der Vorlage mehr Frauen erwerbstätig sein können, da Erwerbsarbeit attraktiver wird.

Die Delegierten stimmen mit 93 Ja und 36 Nein mit zwei Enthaltungen der Vorlage zu.

Nein zum Vaterschaftsurlaub

Zwei Jungfreisinnige legten die unterschiedlichen Positionen zum zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub dar. Gianluca Spina erläutert, dass die Familien bereits jetzt in den Genuss von diversen Förderungen kommen. Er sieht die Vorlage als symbolpolitisch an. Er ist dagegen, da neue Sozialabgaben unverantwortlich sind.

Daniel Wyss sieht zusammen mit dem Bundesparlament Vorteile in einem Vaterschaftsurlaub. Nach diversen Anläufen in der Sache hält er die jetzige Lösung für gut und vertretbar.

Mit 102 Nein und 32 Ja und einer Enthaltung lehnen die Delegierten die Vorlage zur Erhöhung des Vaterschaftsurlaubes ab.

Klares Ja zur Erneuerung der Luftwaffe

Der passionierte und pensionierte Kampfpilot Alex Miescher erläutert den Nutzen der Schweizer Luftwaffe. Der Luftraum ist dicht besetzt und muss reguliert und kontrolliert werden. Aus seiner Erfahrung braucht es in normalen und vor allem auch in

ausserordentlichen Situationen Kampfflugzeuge. Die Beschaffung von neuen leistungsfähigen Flugzeugen ist eine Investition in eine sichere Zukunft und bringt einen Impuls, welcher die CH-Wirtschaft sehr gut brauchen kann.

Mit 127 Ja und 3 Nein nehmen die Delegierten die Vorlage klar an.

Klares Nein zur Kündigungs-/Begrenzungsinitiative

Auf dem Podium referieren Chefredaktor «Weltwoche» und Nationalrat Roger Köppel und Vanessa Meury, Präsidentin der Jungen SVP Kanton Solothurn. Gegen die Vorlage plädieren Nationalrat Kurt Fluri und Philipp Eng, Präsident der Jungfreisinnigen. Moderator Rolf Schmid führt gewitzt und gewandt durch die Podiumsdiskussion.

Roger Köppel erläutert die Wichtigkeit, für die Schweizerinnen und Schweizer zu sorgen. Die Zuwanderung ist aus seiner Sicht ins Masslose gewachsen. Aus seiner Sicht sind die bilateralen Verträge überschätzt und rein im Interesse der EU. Er will die Massenzuwanderung selbst kontrollieren können.

Kurt Fluri erklärt, dass die Kontingentierung bei den Arbeitskräften ein Bürokratieapparat war. Das Personenfreizügigkeitsabkommen war für die Arbeitgeber einiges einfacher. Die SVP hat bis heute keine bessere Lösung gebracht. Philipp Eng ist dagegen, weil es aus seiner Sicht eine Zuwanderung braucht. Vanessa Meury stimmt Ja zur Begrenzungsinitiative, weil sie eine Schweiz will, welche nicht zugebaut ist.

Mit 10 Ja und 114 Nein und 7 Enthaltungen lehnen die Delegierten die Vorlage klar ab.

Mit dem Aufruf, wachsam und einig zu sein, kann FDP-Präsident Nünlist die DV schliessen.

Franziska Hochstrasser
Parteisekretärin



Wie weiter mit den bilateralen Verträgen?

Personenfreizügigkeit

Die Schweiz ist ein kleines Land, umringt von EU-Mitgliedstaaten und abhängig von der exportorientierten Wirtschaft. Ihre wirtschaftliche Stärke verdankt die Schweiz als ressourcenarmes Land zu einem grossen Teil dem Abbau von Handelshemmnissen in einem vernetzten und offenen Europa, in welchem Waren und Dienstleistungen gleich wie Personen frei verkehren und den Wohlstand in unserem Land langfristig sichern.

Wenn wir die Situation der Schweiz betrachten, ist klar: Nicht Isolation, nicht der Alleingang und nicht protektionistische und konservative Werthaltungen in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten haben die Schweiz sicher und wohlhabend gemacht, sondern massgeblich die mutige und offene Aussenpolitik. Symbol dafür sind wie kein Zweites: die bilateralen Verträge mit der EU.

Und nichts weniger als das ist es, worüber wir bei der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative diskutieren: Es geht nicht um das Rahmenabkommen; es geht nicht darum, der EU eins auszuwischen oder «ein Zeichen zu setzen»; es geht noch weniger darum, die Masseneinwanderungsinitiative jetzt «endlich richtig» umzusetzen, und

zuletzt geht es nicht darum, einen «schleichenden EU-Beitritt» zu verhindern.

Keine Bilaterale ohne Personenfreizügigkeit

Die Begrenzungsinitiative zielt direkt auf die Personenfreizügigkeit, greift damit durch die Guillotine-Klausel die bilateralen Verträge mit der EU frontal an und steht in einem diametralen Widerspruch zu allen Werten und Grundsätzen, welche die Schweiz – wie eingangs erwähnt – stark gemacht haben. Die Personenfreizügigkeit ist nicht vergleichbar mit dem Benützungrecht des Velo-Unterstandes in einem Mietvertrag, sondern vielmehr mit dem vereinbarten Mietzins. Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unse-

ren Nachbarstaaten ist die Personenfreizügigkeit fundamental – und so auch für die Bilateralen. Es gibt keine Bilateralen ohne die Personenfreizügigkeit. Und dies basiert für einmal nicht auf der Sturheit Brüssels, sondern ist die objektiv wesentliche Vertragsbedingung für beide Seiten. Verhandlungen mit der EU diesbezüglich sind so fruchtlos, wie einem Roten zu erklären, dass Geld nicht auf den Bäumen hinter dem Bundeshaus wächst.

Natürlich birgt freier Personenverkehr auch Risiken. Aber schauen wir uns einmal die Fakten an: Gemäss Seco ist die Arbeitslosenquote über einen längeren Zeitraum betrachtet trotz Zuwanderung gesunken; aufgrund der flankierenden Massnahmen konnten Lohndruck und Verdrängung der Arbeitnehmer mit niedriger Qualifikation verhindert werden; die Erwerbsquote ist seit 2010 kontinuierlich gestiegen, was auch das Argument der Sozialhilfeabhängigkeit entkräftet.



Philipp Eng

Gefahren Wegfall der Bilateralen

Auf der anderen Seite drohen durch den Wegfall der Bilateralen wirtschaftlicher Abschwung, Rechtsunsicherheit, Arbeitsplatzverlust, Einbruch des BIP, Abwanderung von exportorientierten Unternehmen und Steuerausfälle.

Für eine prosperierende Schweiz

Für Wirtschaftsliebende, Liberale und vernünftige Schweizerinnen und Schweizer gibt es darum nur eine Art zu stimmen: Nein zur Begrenzungsinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» und damit für eine offene und prosperierende Schweiz.

**Philipp Eng, FDP Stadt Solothurn
und Präsident Jungfreisinnige Kanton Solothurn**

Kantonsrat

Wechsel im Kantonsrat



Beat Wildi

Wir verabschieden uns nach 13 Jahren von unserem Kantonsrat Beat Wildi. Herzlichen Dank, Beat, für deinen unermüdlichen Einsatz! «Es war mir eine Freude, für unseren Kanton während 13 Jahren liberale Wege einzuschlagen und unsere Werte in der Solothurner Politik einzubringen. Nun begeben mich in den wohlverdienten Ruhestand und übergeben mein Amt an Stefan Nünlist, Präsident der Kantonalpartei. In meinen Jahren als Kantonsrat der FDP war es mir immer ein Anliegen, Wahlen in die diversen Gremien (Staatsanwaltschaft, Obergericht) kompetent und fachlich fundiert durchzuführen bzw. den entsprechenden, fähigen Leuten zur Wahl zu verhelfen. Ferner hat mich die starke Annahme des neuen kantonalen Finanz- und Lastenausgleichs durch das Stimmvolk des Kantons Solothurn gefreut.»



Kuno Tschumi

Nach elf Jahren verabschieden wir uns von Kuno Tschumi als Kantonsrat. Herzlichen Dank, Kuno, für deinen unermüdlichen Einsatz!

«Es war mir eine Freude, für unseren Kanton während elf Jahren liberale Wege einzuschlagen und unsere Werte in der Solothurner Politik einzubringen. Nun beschränke ich mich auf mein Amt als Gemeindepräsident und übergeben mein Amt an Hansueli Wyss aus Brügglen.

In meinen Jahren als Kantonsrat der FDP waren mir als Präsident des Gemeindeverbandes die Anliegen der Gemeinden sehr wichtig. Besonders gefreut hat mich die starke Annahme unseres neuen kantonalen Finanz- und Lastenausgleichs durch das Stimmvolk des Kantons Solothurn.»

Wechsel in den Ortsparteien

Amtei Olten-Gösigen

Nico Zila (neu) für Marianne Benguerel

Feldbrunnen-St. Niklaus

Heinz Küng (neu) für René Garo

Härkingen

Jürg Wyss (neu) für Jörg Fluri

Rechterswil

Jan Flückiger und Stephan Riediker (neu) für Jörg Aebischer

Olten

David Plüss (neu) für Monique Rudolf von Rohr

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten und Präsidentinnen herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

Wechsel im Kantonsrat

Amtei Olten-Gösigen

Stefan Nünlist (neu) für Beat Wildi

Amtei Bucheggberg-Wasseramt

Hansueli Wyss (neu) für Kuno Tschumi

AGENDA

Aufgrund der momentanen Situation wurden die HESO und die MIO abgesagt.

Mittwoch, 23. September

19 Uhr: Treffen freisinnige Gemeindepräsidenten/-innen (separate Einladung)

Sonntag, 27. September

Eidgenössische und kantonale Abstimmung

Dienstag, 20. Oktober

19 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung (Konzertsaal, Solothurn)

Dienstag, 3. November

12.45 Uhr: Apéro-Gespräch mit Kantonsangestellten und öffentliche Kantonsrats-Fraktionssitzung (Roter Turm, Solothurn)

Donnerstag, 5. November

19.30 Uhr: Orts- und Amteiparteiprääsidentenkonferenz (Eintracht, Kestenholz)

Donnerstag, 26. November

18 Uhr: SUPPORTER CLUB: Jahresanlass (Roter Turm, Solothurn)

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

Delegiertenversammlung zu Zeiten von Corona



Wirtschaft und KMU

Die SP versucht, sich als wirtschaftsfreundlich darzustellen – tatsächlich sorgen ihre Rezepte für viele geschlossene Türen und verlorene Arbeitsplätze.



Die SP – (k)eine Wirtschaftspartei?

Was in den SP-Papieren wirklich steht – eine Analyse

Kurz nach der Sommersession im Juni spielte sich die SP als Verteidigerin der KMU auf. Die SP – eine Wirtschaftspartei? Mitnichten! Ein Blick in ihr Corona-Positionspapier «Solidarisch gegen die Krise» lässt tief blicken.

Grundsätzlich schwebt der SP vor, mit zusätzlichen Steuergeldern die Wirtschaft zu «fördern». Um die Finanzierung sicherzustellen, will die SP einen «Krisenfonds» einrichten. Dabei stellt sich die Frage, wie dieser finanziert werden soll. Diese Frage beantwortet die SP gleich selbst, zahlen sollen nämlich: «... die Unternehmen, die in dieser Krisenzeit profitieren ...». Sprich, jedes KMU, welches entweder weniger stark von der Corona-Krise betroffen war oder welches trotz Krise enorme Leistungen erbracht hat, um nicht rote Zahlen schreiben zu müssen. Anstatt dass Unternehmen Reserven für Krisenzeiten bilden können und dies steuerlich belohnt wird, fordert die SP einen «ausserordentlichen Solidaritätszuschlag von 5 Prozent auf die Unternehmenssteuer». Nicht nur verhindert die SP seit Jahren Steuersenkungen, sie fordert sogar noch pauschale Steuererhöhungen. Noch offensichtlicher kann man sich fast nicht gegen die Interessen der KMU stellen.

Verstaatlichen und enteignen

Ebenso will die SP, dass die Produktion von «unverzichtbaren Gütern» verstaatlicht werden soll, damit diese in Krisenzeiten eigenständig hergestellt werden können. Mit dieser Forderung greift die SP die Schweizer Wirtschaft frontal an. Die Schweiz ist äusserst stark im internationalen Handel verflochten und kann dadurch ihren Wohlstand stetig steigern. Mit einer Verstaatlichung würde die Wettbewerbsfähigkeit abnehmen und die Schweiz als attraktiver Wirtschaftsstandort geschwächt. Weiter wirken sich protektionistische Massnahmen kontraproduktiv aus, da jeweils mit Gegenmassnahmen der Handelspartner zu rechnen ist. Abgesehen davon verfügt die Schweiz nur begrenzt über eigene Ressourcen, um Güter herzustellen. Sie bleibt selbst bei einer staatlichen Produktion auf die Importe der notwendigen Ressourcen angewiesen. Generell sind die KMU auf einen funktionierenden und weltweiten Handel angewiesen. Drei

Viertel der Exportunternehmen und fast 90 Prozent der Importunternehmen sind KMU. Eine Verstaatlichung käme einer Enteignung ebendieser Betriebe gleich.

Anstatt sich der Problematik des internationalen Handels für KMU anzunehmen, weist die SP darauf hin, dass die Binnennachfrage gestärkt werden muss. Sie ignoriert dadurch einerseits Probleme der KMU und andererseits, dass der internationale Handel zirka 40 Prozent zum Bruttoinlandprodukt beiträgt. Dem Giesskannenprinzip verpflichtet, will die SP Helikoptergeld im Wert von 1,7 Mrd. Franken in Form von Gutscheinen der gesamten Schweizer Bevölkerung verteilen. Die Wirksamkeit solcher Massnahmen ist sehr umstritten und führt nicht selten zu mehr Inflation.



Andri Silberschmidt

Fazit

Abschliessend bleibt zu sagen, dass eine KMU-freundliche Politik anders aussieht. Neben den «neuen» Corona-Rezepten hält die SP natürlich an einer staatlich verordneten 35-Stunden-Woche bei 42 Stunden Lohn oder sechs Wochen bezahlten Ferien für alle fest, wie in ihrem Wirtschaftspapier «Unsere Wirtschaft – Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik 2019–2029» dargelegt wird. Die Corona-Krise hat die Wirtschaftspolitik der SP nicht verändert. Im Gegenteil, sie setzt sich weiterhin für mehr Bürokratie, Steuern und restriktive Vorschriften für KMU ein.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH

KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen.



KMU und Selbstständige brauchen konkrete Antworten, um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Wie Sie auf der vorherigen Seite lasen, versucht die Linke, die Corona-Krise zu nutzen und sich als Hüterin der KMU zu inszenieren. Nichts ist weiter weg von der Realität. Die FDP hingegen setzt sich täglich für Arbeitsplätze und KMU ein. Nationalrätin Daniela Schneeberger (BL) hat einige Beispiele herausgegriffen.

Die FDP steht seit jeher für KMU und Selbstständige ein. Insbesondere kämpfen wir für den Abbau bürokratischer Hindernisse, für die Abschaffung von Handelshemmnissen und Zöllen und für einen funktionierenden Wettbewerb im Inland – mit dem Ziel, Wohlstand und Arbeitsplätze für alle zu schaffen.

Das ist klassisch liberale Politik. Genau diese Art von Politik hat unser Land erfolgreich gemacht und überhaupt erst die umfangreichen Kredite und die Rettung unzähliger Arbeitsplätze in der Corona-Krise ermöglicht.

Ein weiteres wichtiges Element ist die umsichtige Haushaltspolitik: Denken wir etwa an die Schuldenbremse. Sie ist einer der Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz, um die uns das Ausland beneidet.

Sie geriet in den letzten Jahren oft von links und zunehmend auch aus der Mitte unter Attacke. Dank unserem Widerstand wurde zum Glück nicht daran gerüttelt.

Vorwärtsstrategie wichtiger denn je

Es braucht weiterhin eine starke und liberale Politik. Wir haben im August 2019 eine «Vorwärtsstrategie» für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort präsentiert, lange vor Corona. Diese Strategie enthält unsere wichtigsten Forderungen in verschiedenen Bereichen wie Liberalisierung im Inland, Fachkräftemangel, internationale Vernetzung oder Innovation am Arbeitsplatz. Wegen Corona ist die Notwendigkeit dieser Strategie grösser denn je.

Für rasche Corona-Lockerungen ...

Wie hat sich die FDP seit Ausbruch der Corona-Krise ganz konkret engagiert? Schon am 18. März haben wir einen runden Tisch mit zahlreichen Unternehmern und Branchenvertretern durchgeführt. Daraus resultierte ein offener Brief an Bundesrat Guy Parmelin mit der Forderung nach rascher Hilfe für Unternehmer, Angestellte und Selbstständige.

In unserer Corona-Ausstiegstrategie von Mitte April haben wir Druck gemacht, dass alle Unternehmen ihre Tätigkeit rasch wieder fortsetzen dürfen, sofern sie ihre Mitarbeitenden und ihre Kundenschaft schützen können.



Daniela Schneeberger

... gegen Industriezölle

In der Sommersession haben wir uns unter anderem für die Abschaffung der Industriezölle stark gemacht. Das wäre ein einfacher, unbürokratischer Weg, um Konsumenten und Unternehmen um mehrere hundert Millionen jährlich zu entlasten. Doch leider hat die Linke die Abschaffung im Nationalrat verhindert. Sie ruft lieber lauthals nach Konjunkturprogrammen, statt einfachen Sofortmassnahmen zuzustimmen.

Weiter haben wir kurz nach der Sommersession die Verlängerung der Corona-Unterstützungsmassnahmen für KMU und Selbstständige durch den Bundesrat ausdrücklich unterstützt.

Dies sind nur einige Beispiele unserer täglichen Arbeit für Arbeitsplätze und KMU. Mehr finden Sie auf unserer Webseite www.fdp.ch. Auch die Vorwärtsstrategie finden Sie online.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Neue Mitglieder im Parteivorstand

Klare Wiederwahl von Petra Gössi

Die Delegierten haben Petra Gössi mit 267 von 283 abgegebenen Stimmen sehr deutlich wiedergewählt. Auch die anderen Kandidierenden wurden klar gewählt. Die FDP gratuliert ihnen herzlich zur Wahl und freut sich auf die Zusammenarbeit. Der Vorstand ist nun folgendermassen zusammengesetzt:



Petra Gössi, Nationalrätin (SZ) und Präsidentin FDP.Die Liberalen (bisher)

«Wir haben viel Arbeit vor uns. Die nächsten Jahre werden anspruchsvoll. Wir müssen an unseren Inhalten und unseren Strukturen arbeiten. Wir müssen kämpferischer werden. Ich weiss: Das liegt uns nicht per se im Blut als diejenige Partei, die die Schweiz und ihre Institutionen geschaffen hat. Aber ich bin bereit dazu.»



Andrea Caroni, Ständerat (AR) und Vizepräsident FDP.Die Liberalen (bisher)

«Liberalismus ist langfristig ein Erfolgsrezept, kurzfristig aber anstrengend. Ich bin äusserst motiviert, diesen Einsatz zu leisten und weiterhin täglich für unsere liberale Ordnung zu kämpfen. Dies mit dem tollen Team, das wir in der FDP von der Basis bis zur Parteileitung bilden.»



Philippe Nantermod, Nationalrat (VS) und Vizepräsident FDP.Die Liberalen (bisher)

«Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung auf eine politische Partei setzt, die sich für Eigenverantwortung und Freiheit einsetzt. Durch meine tägliche Arbeit und in Zusammenarbeit mit allen freisinnigen Akteuren im Land möchte ich an unserem zukünftigen Erfolg teilhaben.»



Philippe Bauer, Ständerat (NE) und Beisitzer (neu)

«Ich bin (neben meiner Frau) in mein Land, seine Institutionen, das Genie seiner Unternehmer verliebt und davon überzeugt, dass nur in einer liberalen Welt jeder und jede wirklich aufblühen und unterstützt werden kann, wenn er oder sie es braucht.»

An der digitalen Versammlung vom 27. Juni 2020 haben die Delegierten den Vorstand neu bestellt. Nicht mehr angetreten waren Christian Lüscher (NR GE), Christian Vitta (RR TI) und Christian Wasserfallen (NR BE), Frédéric Borloz (NR VD), Thierry Burkart (SR AG), Marcel Dobler (NR SG), Christian Scheuermeyer, Daniela Schneeberger (NR BL) und Ruedi Waser. Die Delegierten würdigten ihr grosses Engagement über die letzten Jahre.



Alex Farinelli, Nationalrat (TI) und Beisitzer (neu)

«Ich glaube, es ist wichtig, die Sensibilität der italienischsprachigen Schweiz in die nationale Realität einzubringen. Im Bewusstsein, dass es nicht nur darum geht, Haltungen durchzusetzen, sondern vielmehr darum, in einem föderalistischen Geist, in dem die Besonderheiten der verschiedenen Regionen anerkannt werden, eine zukunftsorientierte Schweiz zu schaffen.»



Andri Silberschmidt, Nationalrat (ZH) und Beisitzer (neu)

«Wir dürfen Leistungsfähige und Leistungswillige nicht unnötig behindern, aber wir müssen – und hier ist der Staat gleichermassen gefragt wie Private – die Schwächeren in unserer Gesellschaft unter dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» stützen und unterstützen. Im Vorstand werde ich insbesondere mithelfen, die Partei für die junge und urbane Gesellschaft noch attraktiver zu positionieren.»

«Ich freue mich sehr über meine klare Wiederwahl. Sie bestätigt mich auf meinem Weg und gibt mir Kraft und Mut für die Zukunft.»

Petra Gössi nach ihrer Wiederwahl

Weitere Mitglieder komplettieren das Gremium

Neben diesen Persönlichkeiten besteht der Vorstand aus folgenden Mitgliedern von Amtes wegen: NR Beat Walti (Präsident der FDP-Liberale Fraktion), NR Olivier Feller (Vizepräsident der Fraktion), SR Thomas Hefti (Vizepräsident der Fraktion), Daniel Seiler (Präsident FDP Service Public), NR Susanne Vincenz-Stauffacher (Präsidentin FDP Frauen) und Matthias Müller (Präsident Jungfreisinnige).

Und schliesslich entsendet die Parteipräsidentenkonferenz neu zwei Personen in den Vorstand. Es sind dies Saskia Schenker (Präsidentin FDP BL) und Bertrand Reich (Präsident FDP GE).

Andrea Roth, CEO Geobru gg Group, setzt auf den Produktionsstandort Schweiz.



In der Schweiz produziert, weltweit im Einsatz

Warum KMU «Nein» zur Kündigungsinitiative sagen

Die Geobru gg AG und ihre Schwesterfirma Fatzer AG entwickeln und produzieren seit 180 Jahren Qualitätsdrahtseile, -netze, -geflechte aus hochfestem Stahldraht – als Lawinenprävention, Böschungssicherungen, Steinschlagbarrieren, Schutzzäune in der Formel 1 und für die spektakulärsten Seilbahnen der Welt. In Romanshorn TG produziert, finden die massgeschneiderten Lösungen weltweit Anwendung.

In Vietnam vertrauen Fahrgäste, die in der längsten Drei-Seil-Umlaufbahn (3S) der Welt in schwindelerregender Höhe den atemberaubenden Ausblick geniessen, auf Tragseile aus dem Schweizer Produktionsunternehmen «Fatzer AG». Auf Formel-1-Rennstrecken in Mexiko City, Sotschi oder Hanoi werden Zuschauende und Fahrende mit mobilen oder stationären Barrieren von Geobru gg geschützt. Die stärkste Steinschlagschutzbarriere der Welt kann 25 Tonnen schwere Brocken mit über 100 km/h stoppen. Die vor 180 Jahren gegründete Fatzer AG und die Geobru gg AG sind Pioniere und behaupten ihre Führungsrollen. «Wir sorgen mit unseren Systemen und Lösungen für den Schutz von Mensch und Infrastruktur», bringt es Andrea Roth, CEO der Geobru gg Group, auf den Punkt. In

den neuen grossen Produktionsräumen im Romanshorn er Industriequartier beschäftigen die beiden Schwesterfirmen heute 265 Mitarbeitende.

Globales Netzwerk

Die patentierten Stahldraht-Systeme sind weltweit im Einsatz. Doch produziert wird traditionsgemäss im Hochpreisland Schweiz. Tochtergesellschaften und qualifizierte Partner in über 50 Ländern sorgen für Kundennähe. «Unterschiedliche Kulturen erfordern eine gute lokale Verankerung. Gerade bei der Vergabe von öffentlichen Ausschreibungen ist dies von grösster Bedeutung», ist Andrea Roth überzeugt. Zu den Erfolgsrezepten des stark exportorientierten Unternehmens zählen nicht nur das globale Netzwerk, höchste Qualität, patentierte



Aus Schweizer Produktion: Schutzzäune für die Formel 1.

Verlässlichkeit, stete Weiterentwicklung, Planung, Beratung und Service vor Ort, sondern auch eine enge Zusammenarbeit mit international anerkannten Forschungsinstituten. Anforderungen an das Schutzsystem werden simuliert, mit digitalen Dimensionierungstools verlässlich berechnet und mit Härtetests auf eigenen Testanlagen in Eins-zu-eins-Grossfeldversuchen umfassend dokumentiert. Andrea Roth, dessen Karriere bei Geobru gg vor fast 20 Jahren als Projektleiter für eine wegweisende Tunnelsicherung in Australien begann, ist anspruchsvolle Aufgabenstellungen gewohnt. Speziell in Erinnerung bleibt ihm das Schutznetz einer Ölplattform im Persischen Golf als echte Herausforderung. «Nicht nur, weil wir im salzigen Meer die Korrosion mit eigenen Sensoren überwachen, sondern vor allem, weil unser Drahtgeflecht den vielen PS-starken Gegnern – angriffenden Motorbooten – standhalten muss.»

Marie-Theres Brühwiler

Man darf Schweizer Unternehmern vertrauen

«Wir stellen, wenn immer möglich, Fachleute aus der Umgebung ein und nehmen unsere Verantwortung auch für ältere Arbeitnehmende ernst. Der Mangel an Fachkräften ist gerade in ländlichen Gebieten und Randregionen gross, weshalb wir in unseren beiden Produktionsbetrieben in der Ostschweiz dringend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind», sagt Andrea Roth, seit kurzem auch Präsident der Arbeitgebervereinigung Region Romanshorn. «Mit der Annahme der Kündigungsinitiative wären viele sichere Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet. Ich hoffe, dass Schweizerinnen und Schweizer bei der Abstimmung vom 27. September 2020 einmal mehr Weitblick beweisen», so das engagierte FDP-Mitglied.



Massnahmen für eine krisenresistente Schweiz

Themenpapiere: Mit Kraft aus der Corona-Krise

Das einzig Sichere an Krisen ist: Die nächste kommt bestimmt. Deswegen muss die Schweiz sowohl auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene noch resilienter werden. Nur so können wir uns gegen zukünftige Krisen wappnen. Dazu gilt es, die Eigenverantwortung umfassend zu fördern und die Abhängigkeit vom Staat zu reduzieren.

Voraussetzung für eine krisenresistente Schweiz ist eine umfassende Reflexion der Corona-Krise, um daraus die Lehren zu ziehen. Dies hat die FDP gemacht und sich intensiv mit den Herausforderungen und Lösungsansätzen im Bereich Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Politik, Aussenpolitik, Sicherheit, Gesellschaft, Gesundheit und dem Epidemien-gesetz auseinandergesetzt. Dadurch entstanden acht Themenpapiere, die alle gleich aufgebaut sind. Sie umfassen ein Überblick der Herausforderungen, die bisherigen parlamentarischen Interventionen der FDP und unsere mittel- bis langfristigen Forderungen in den jeweiligen Bereichen.

Vielfältige Herausforderungen

- **Wirtschaft und Arbeitsmarkt:** Die Corona-Krise verdeutlicht die wirtschaftspolitischen Schwächen und damit zusammenhängende Herausforderungen der Schweiz. Durch Kurzarbeit konnten Massenentlassungen zwar zu einem grossen Teil verhindert werden. Doch die Arbeitslosigkeit ist trotzdem gestiegen. Zudem hat sich bei vielen Unternehmen gezeigt, dass die Liquidität für solche Krisen nicht genügend vorhanden ist, was wiederum negative Konsequenzen für Investitionen in Forschung und Entwicklung hat.

- **Gesellschaft:** Die Corona-Krise hat in der

Schweizer Gesellschaft einerseits das grosse Potenzial der Digitalisierung aufgezeigt, andererseits deutliche Schwachpunkte aufgedeckt. Innert weniger Tage wurde beispielsweise ohne grössere Probleme auf Homeoffice umgestellt. Der Übergang in das Homeschooling verlief hingegen weniger reibungslos. Verschiedenste Mängel bei der digitalen Ausstattung und Kompetenz der Schulen sowie die Fragilität der Chancengleichheit in der Bildung wurden offenbart. Der zeitgleiche Ausfall von externen Kinderbetreuungen wiederum liess die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für berufstätige Eltern zu einer kaum bewältigbaren Herausforderung werden.

- **Politisches System:** Der Gesetzgebungsprozess in der Schweiz braucht mehr Zeit als in anderen Staaten. Zeit ist aber in einer Notlage ein rares Gut, weshalb der Bundesrat Notverordnungen erlassen kann. Das Parlament verfügt über die gleiche Kompetenz, kann diese aber nur anwenden, wenn es physisch tagt. Dies war und ist während Corona eine besondere Schwierigkeit.

- **Gesundheitssystem:** Im internationalen Vergleich hat das Schweizer Gesundheitssystem die Krise gut überstanden. Änderungen sind dennoch notwendig. Denn es hat sich beispielsweise gezeigt, dass die Versorgungssicherheit bei medizinischem Material nicht vollumfänglich gewährleistet war. Vor allem muss das Krisenmanagement kritisch analysiert werden.

- **Sicherheit:** In langandauernden Krisen sind die zivilen Behörden auf subsidiäre Unterstützung angewiesen. Armee und Zivilschutz bewiesen in der Corona-Krise, dass sie sich schnell und unbürokratisch mobilisieren und einsetzen lassen. Auch wenn es zu keiner systematischen Unterversorgung der Bevölkerung kam, muss der Mangel an Schutzmaterial kritisch analysiert und korrigiert werden.

- **Aussenpolitik:** Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die global diversifizierten Liefer- und Produktionsketten mehrheitlich gut funktionieren. Die Schweiz als eines der stärksten globalisierten Länder ist auch zukünftig auf offene Märkte und gute internationale Rahmenbedingungen angewiesen.

Zahlreiche Herausforderungen

Weil die Herausforderungen zahlreich sind, fordert die FDP verschiedene mittel- und langfristige Massnahmen, damit zukünftige Krisen besser bewältigt werden können:

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

- Die Schaffung von **liquiden Reserven** für Krisenzeiten soll **steuerlich begünstigt** werden.
- **Tiefe Lohnnebenkosten**, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden.
- **Unternehmer** müssen sozial besser **abgesichert** werden, indem freiwillige Versicherungsmodelle und die Erweiterung des Obligatoriums (BVG, UVG) geprüft werden.
- Das **Arbeitsgesetz** muss **flexibilisiert** werden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gewährleistet wird.

Gesellschaft

- Das Bildungssystem muss die nötige **digitale Infrastruktur** inkl. digital-pädagogisch geschultes Lehrpersonal und angepasstes Lehrmaterial aufweisen.
- Die **Chancengleichheit** muss gewahrt bleiben. Dies bedingt, dass alle Lernenden über den Zugang zu einem digitalen Endgerät verfügen.
- Die **E-ID** gilt es **rasch einzuführen**, damit die Behördengänge vermehrt im digitalen Raum abgewickelt werden können. Denn dank der **Digitalisierung** können **Verwaltungsprozesse optimiert** und **Bürokratie** für Bevölkerung und Wirtschaft **abgebaut** werden.

Politisches System

- Die **Funktionsfähigkeit** des **Parlaments** muss in

jeder Situation **gewährleistet** sein, notfalls müssen **Sitzungen** auch **digital** abgehalten werden können.

- **Politische Rechte** sollen jederzeit wahrgenommen werden können, deswegen muss die **digitale politische Partizipation gefördert** werden. Voraussetzung dafür ist die Einführung eines sicheren E-Voting- und E-Collecting-Systems.

Gesundheitssystem

- Die Beschaffung von **medizinischen Gütern** muss so organisiert werden, dass die Schweiz eine sechsmonatige **Isolationsphase überstehen** kann.
- Bei erhöhtem Bedarf an **Intensivbetten** muss die **Kapazität** rasch **erhöht** werden können. Dies soll durch eine intensive Zusammenarbeit der privaten und öffentlichen Institutionen erreicht werden.

Sicherheit

- Die Schweiz muss sich für **alle** wahrscheinlichen **Krisenszenarien wappnen**. Die dafür notwendigen Vorkehrungen müssen getroffen werden.

Dafür gilt es die **Alimentierung** der **Armee sicherzustellen**.

- Bei zivilen Gesundheitskrisen gilt es den **Zivildienst** stärker in die Pflicht zu nehmen, weil viele Zivildienstleistende über eine Grundausbildung in der Pflege verfügen.
- Ebenso muss der **Zivilschutz** über genügend Personal verfügen.

Aussenpolitik

- **Renationalisierungstendenzen** sind **abzulehnen**. Die Schweiz muss sich für **krisenresistente** Rahmenbedingungen im **Aussenhandel** einsetzen.
- Die ressourcenarme Schweiz wird immer auf Importe angewiesen sein. Eine erhöhte Selbstversorgung ist daher abzulehnen. Hingegen müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden, um die **Versorgungssicherheit** zu **erhöhen**.
- Internationale Krisen können nur im internationalen Kontext bewältigt werden. Die FDP unterstützt daher die **Stärkung** der humanitären Hilfe zur Krisenbewältigung im Rahmen der **internationalen Zusammenarbeit**.



Andrea Caroni: «Nur, wenn wir aus Corona unsere Lehren ziehen, werden wir für die Zukunft krisenresistenter.»

Zukunft schaffen für unsere Enkelkinder

FDP führt wieder eine Mitgliederbefragung durch

Mit der Enkelstrategie ergreift die FDP Partei für die zukünftigen Generationen: Wir wollen liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, für gesicherte Sozialwerke sowie für eine intakte Lebensgrundlage aufzeigen. Diese drei Themenbereiche sollen in der Parteibasis über eine Mitgliederbefragung breit diskutiert werden, um das Erfolgsmodell Schweiz in die Zukunft zu tragen. Nehmen auch Sie daran teil!

Das Jahr 2020 haben wir uns alle anders vorgestellt. Noch immer hat die Covid-Krise die Schweiz und die Welt fest im Griff, noch immer sind die mittel- und langfristigen Folgen kaum absehbar: Wann wird wieder so etwas wie Normalität einkehren? Welche Folgen hat die Krise für unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze in der Schweiz? Was passiert in Krisenzeiten mit unserer individuellen Freiheit?

Bei all diesen Fragen, die uns im Moment beschäftigen, dürfen wir eines nicht vergessen: Hier geht es nicht nur um die Gegenwart, sondern vor allem auch um die Zukunft. Gerade die Linke,



Verantwortung übernehmen heisst auch, den kommenden Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen.

allen voran die SP, wittert nun die Chance, ihre Umverteilungsträume, Verstaatlichungen und ihre Gratismentalität durchzusetzen. Wenn aber Schuldenberge aufgebaut, nötige Reformen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und die Eigenverantwortung durch Bevormundung verdrängt wird, sind das schlechte Aussichten – insbesondere für unsere Kinder und Enkel.

FDP will die Weichen stellen

Die Weichen für eine liberale Zukunft müssen heute so gestellt werden, dass Wohlstand, gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Streben nach Fortschritt sowie die Freiheit des Einzelnen auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Dies ist die Basis für unsere Enkelstrategie: Mit diesem langfristig angelegten Projekt wollen wir aufzeigen, wie eine liberale und enkeltaugliche Politik in drei zentralen Bereichen aussieht:

- Für einen attraktiven **Wirtschaftsstandort**, der uns allen auch in Zukunft eine **Arbeitsstelle** garantiert, damit wir unser Leben selbstbestimmt führen können.
- Für **gesicherte Sozialwerke**, damit auch unsere Kinder und Enkel von den gleichen Vorsorge- und **Gesundheitsleistungen** profitieren können wie die heutigen Generationen.
- Für **intakte Lebensgrundlagen**, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Umfrage startet in wenigen Tagen

Im Rahmen der Enkelstrategie führen wir erneut eine Mitgliederbefragung durch, nachdem wir damit im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik im letzten Jahr sehr gute Erfahrungen gemacht haben.

Gerade nachdem alle grösseren Parteianlässe abgesagt werden mussten und so der soziale und politische Austausch erschwert wurde, liegt es mir am Herzen, mittels dieser Mitgliederumfrage wieder mit Ihnen in Kontakt zu treten. Mit der Umfrage wollen wir ein breites Stimmungsbild innerhalb der FDP abholen – das ist gerade deshalb wichtig, weil wir über Fragen diskutieren, die mehrere Generationen betreffen. Nun sind die Zugangsdaten für die Umfrage auf dem Weg zu Ihnen – in wenigen Tagen erhalten Sie Post von uns, und Sie können loslegen!



«Politik ist kein Selbstzweck», steht im Hintergrund bei der Rede von Petra Gössi am Tag der FDP 2019. Mit der Enkelstrategie nimmt die FDP wichtige Fragen der Zukunft auf.

FDP als Wegbereiter der Zukunft

Dieses Projekt macht mich stolz, denn es signalisiert: Die FDP und unsere Mitglieder sind die zukunftsweisende Kraft. Gemeinsinn, Eigenverantwortung und viel harte Arbeit haben unser Land zum Erfolgsmodell gemacht. Nun ergreifen wir Partei für alle Kinder und Enkelkinder und wollen dafür sorgen, dass auch sie sich frei und mit besten Zukunftsperspektiven entfalten können. Daher würde es mich sehr freuen, wenn Sie, liebe FDP-Mitglieder, sich auch diesmal aktiv einbringen und zahlreich an der Befragung teilnehmen.

Petra Gössi, Nationalrätin SZ
und Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Vielfalt am Arbeitsplatz

Ein Plus für Schweizer Unternehmen

Die Arbeitswelt wird immer vielfältiger. Wollen Schweizer Firmen auch weiterhin wettbewerbsfähig bleiben und als Gewinner im Kampf um die besten Talente hervorgehen, müssen bezüglich des Themas «Vielfalt am Arbeitsplatz» die notwendigen Massnahmen beschlossen und umgesetzt werden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind gefordert, ein Klima für Toleranz und gegen Diskriminierung zu schaffen.

Seit 2003 setzt sich RADIGAL als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intermenschen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) auf Basis liberaler Grundwerte ein. Auch wenn LGBTI in vielen Bereichen schon in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind, ist eine vollständige Gleichstellung noch nicht erreicht. Auch und insbesondere am Arbeitsplatz fällt es vielen LGBTI teilweise noch schwer, offen mit ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität umzugehen.

Offener Umgang fördert Qualität und Effizienz

Erwerbstätige verbringen den grössten Teil der Woche an ihrem Arbeitsplatz. Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen sind Teil des Arbeitsalltags: Es wird über Familienfeiern, Ferien oder die eigene Partnerschaft gesprochen. LGBTI sehen sich in diesem Zusammenhang noch immer oftmals damit konfrontiert, entweder über ihre sexuelle Orientierung zu schweigen oder offen dazu zu stehen. Beides kann je nach Fall für die Betroffenen belastend sein; vor allem wenn seitens Kolleginnen und Kollegen mit Ablehnung gerechnet

Als LGBTI-Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen sieht RADIGAL das Swiss LGBTI-Label als ideales Instrument, um eine für LGBTI offene und wertschätzende Unternehmenskultur zu fördern.

werden muss. Hier sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gefordert, ein Klima für Toleranz und gegen Diskriminierung zu schaffen. Ansonsten kann der Erfolg von Unternehmen darunter leiden, wenn Mitarbeitende ihre Qualifikationen oder Potenziale nicht entfalten können oder in ihren Leistungsmöglichkeiten eingeschränkt werden, weil ihnen mit Vorurteilen oder Diskriminierung begegnet wird.

Firmen für Fachkräfte attraktiver machen

Schon in den nächsten Jahren gehen die ersten Erwerbstätigen der Baby-Boomer-Generation in Pension. Entsprechend zeichnet sich schon jetzt ein Fachkräftemangel ab. Umso mehr ist es von Bedeutung, dass Firmen eine Unternehmenskultur bieten, in der die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Bereicherung wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Wollen die Unternehmen auch weiterhin wettbewerbsfähig bleiben und als Gewinner im Kampf um die besten Talente hervorgehen, müssen bezüglich des Themas «Vielfalt am Arbeitsplatz» die notwendigen Massnahmen beschlossen und umgesetzt werden. Einen ersten Schritt können die Firmen tun, indem sie sich mit dem Swiss LGBTI-Label auszeichnen lassen.

Michael Lindenmann

Vorstandsmitglied RADIGAL

Swiss LGBTI-Label

Das Swiss LGBTI-Label soll Unternehmen und Organisationen die Möglichkeit geben, sich im Bereich des sogenannten «Diversity & Inclusion Management» als attraktive Arbeitgeber zu präsentieren und wahrgenommen zu werden. Die für das Swiss LGBTI-Label Verantwortlichen wollen Unternehmen und Organisationen beratend und unterstützend beim Vergabeprozess zur Seite stehen, um ein für LGBTI offenes und wertschätzendes Arbeitsklima im Rahmen einer ganzheitlichen Diversity & Inclusion-Management-Strategie zu schaffen. Weitere Informationen, ein «Schnelltest» für Unternehmen und Organisationen sowie ein Factsheet auf Deutsch und Französisch finden Sie auf der Website www.lgbti-label.ch.

Vorsorgen – weil Sicherheit kein Luxus ist

Ja zur Luftraumsicherheit am 27. September 2020

Die FDP.Die Liberalen Frauen haben am 29. Juni 2020 die Ja-Parole zu der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen gefasst. Bei der Abstimmung zum Gripen im Frühling 2014 waren es insbesondere die weiblichen Stimmen, die fehlten. Eine Wiederholung dieses Umstandes wollen die FDP Frauen im kommenden Herbst verhindern, indem sie mit einer eigenen Kampagne einen aktiven Beitrag zur Annahme der Vorlage leisten.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell das Undenkbare Realität wird. Kampfflugzeuge lassen sich aber nicht wie Schutzmasken in wenigen Wochen per Internet bestellen. Der Beschaffungsprozess dauert Jahre, und die Uhr tickt. Die 1978 beschafften Flugzeuge F-5E Tiger gelten als veraltet, und die F/A-18 Hornets aus dem Jahr 1996 müssen 2030 aus dem Verkehr gezogen werden.

Geschwindigkeit zählt – auch in der Luft

Die Ersatzbeschaffung ist dringend und kann nicht aufgeschoben werden. «Es ist realitätsfremd, zu behaupten, dass unser Luftraum mit Drohnen oder leichten Trainingsflugzeugen geschützt werden

kann», sagt FDP-Nationalrätin Maja Riniker. Dafür sind sie zu langsam und können nicht so hoch fliegen wie Passagier- oder Frachtflugzeuge. Stichproben zur Kontrolle von Radarbildern wären somit nicht mehr möglich. «Wir befinden uns quasi im Blindflug», betont Maja Riniker. «Wenn wir uns selber und andere schützen wollen, ist die Ersatzbeschaffung zwingend notwendig, alles andere ist fahrlässig.»

Ersatzbeschaffung per Knopfdruck ist eine Illusion

Die Kosten für die Beschaffung und den Betrieb werden ausschliesslich aus dem ordentlichen Ar-

meebudget bezahlt. Es fliesst somit kein Geld aus anderen Bereichen, wie zum Beispiel dem Gesundheits-, Sozial- oder Umweltbereich. Zudem beansprucht der Prozess für die Beschaffung von Flugzeugen mehrere Jahre. Es ist nicht möglich, die Leistungen der Luftwaffe per Knopfdruck im Ausland einzukaufen. «Wenn wir unsere Neutralität und Souveränität behalten wollen, müssen wir unser Land selber schützen können», betont Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin und Präsidentin FDP Frauen Schweiz. «Dafür braucht es eine intakte Luftwaffe.»

Sicherheit ist kein Luxus und geht uns alle an

Die Corona-Krise lehrt uns, dass die Vorbereitung auf allfällige Gefahren von höchster Bedeutung ist und dass nicht erst dann an die Bekämpfung von

«Wenn wir unsere Neutralität und Souveränität behalten wollen, müssen wir unser Land selber schützen können.»

Krisen zu denken ist, wenn sie bereits da sind. Die Schweiz tut gut daran, sich laufend mit Bedrohungslagen auseinanderzusetzen und die notwendigen Schritte rechtzeitig einzuleiten. Den FDP

Frauen liegt die nationale Sicherheit am Herzen. Sie machen sich deshalb mit einer eignen Kampagne stark für ein Ja zu mehr Luftraumsicherheit. Die Kampagne ist auf Initiative von den FDP Frauen Kanton Zürich entstanden und steht unter dem Motto «Vorsorgen. Weil Sicherheit kein Luxus ist.» Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist im Weiteren auch für den Wirtschaftsstandort Schweiz wichtig: Den Luftraum über kritischen Infrastrukturen wie Wasserwerke, AKW, Logistikterminals, Cyberschutzeinheiten usw. gilt es zu schützen.

Sicherheit ist ein wichtiger Grundpfeiler für die Wirtschaft, den Staat und die Gesellschaft als Ganzes.

Meret Gulich, Mitarbeiterin
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

FDP
Die Liberalen Frauen

Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin FDP,
Kanton St. Gallen,
Präsidentin
FDP Frauen Schweiz

«Vorsorgen. Weil Sicherheit kein Luxus ist.»

Ja 
zur Luftraumsicherheit
am 27. September! www.fdp-frauen.ch



Eine (ausser)ordentliche Herbstsession

Vorschau auf die Herbstsession 2020

Die anstehende Herbstsession ist zwar ein Schritt zurück zur Normalität, da sich das Parlament für seine Plenumsberatung wieder zurück ins Bundeshaus begibt. Die Traktandenliste und die Integration einer ausserordentlichen Session ins Programm zeigen jedoch rasch, dass wir noch weit weg sind vom Normalzustand.

Die Herbstsession wird nicht nur mehr Zeit in Anspruch nehmen, sondern auch im Parlamentsbetrieb einige Neuigkeiten mit sich bringen. So sind z. B. in den Sitzungszimmern und im Plenum Plexiglas-scheiben installiert worden, und weitere Sicherheitsmassnahmen sind in Planung. Auch die Anzahl Geschäfte sprengt fast alles bisher Dagewesene.

Covid-19

Die Corona-Krise hat auch vom Parlament einiges abverlangt und gleichzeitig enormen regulatorischen Aktivismus ausgelöst. Das kriegt das Parlament nun wieder zu spüren, indem zahlreiche Vorstösse und Bundesratsgeschäfte traktandiert sind. Erwähnenswert ist hier beispielsweise die Unterstützung der Transportunternehmen im ÖV oder das Covid-19-Gesetz, welches für die befristeten

Massnahmen des Bundes eine gesetzliche Grundlage schaffen soll. Hier wird die FDP-Fraktion Einfluss nehmen, damit die Kompetenzen des Bundesrates in engen Grenzen gehalten werden. Auch bleibt uns dank den Polparteien SVP und SP eine zusätzlich ausserordentliche Session zu den Corona-Massnahmen innerhalb der regulären Session nicht erspart – ein effizienter Ratsbetrieb sieht definitiv anders aus. Schliesslich müssen sich der National- und Ständerat auf einen mehrheitsfähigen Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative einigen. Die Covid-Krise hat bestätigt, dass eine Bildungsoffensive im Pflegebereich nötig ist.

Klima und Umwelt

Im Bereich Klima ist das wichtigste Geschäft die Totalrevision des CO₂-Gesetzes, welches in der

Herbstsession zu Ende beraten werden soll. Die Differenzbereinigung wird anspruchsvoll, da noch einige wichtige Fragen z. B. im Flugverkehr oder beim Klimafonds zu klären sind. Die FDP wird konstruktiv auf eine mehrheitsfähige Vorlage hinwirken. Auch im Bereich Umwelt wird mit den «Pestizid-Initiativen» ein grosser Brocken behandelt. Die grosse Frage wird sein, ob es einen gemeinsamen Nenner bezüglich eines Gegenvorschlags und dem Link zur Agrarpolitik 22+ gibt oder nicht. Die Initiativen gehen aber sicher zu weit und werden von der FDP abgelehnt.

Vorsorge

Eine besonders dringliche Vorlage ist die Erstberatung der AHV21 im Ständerat. Damit wird der Auftakt gemacht für ein Geschäft, das für diese Legislatur ausschlaggebend sein wird. Zusammen mit den bürgerlichen Parteien sollte eine Lösung gefunden werden können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig macht und bei den Kompensationsmassnahmen sowie der Mehrwertsteuer-Erhöhung vernünftig bleibt.

Bildung

Im Bereich der Bildung sind gleich mehrere wichtige Geschäfte hängig, die für unsere Bildungsinstitutionen matchentscheidend sind. So muss die BFI-Botschaft rasch beraten werden, damit die finanziellen Mittel für die Forschung und Bildung der nächsten vier Jahre in der Schweiz sichergestellt werden können. Mit dem «Horizon»-Paket 2021–2027 muss zudem der Zugang zu europäischen Forschungsk Kooperationen und Förderprogrammen gewährleistet werden, damit die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz gesichert ist. Zu guter Letzt ist es uns ein wichtiges Anliegen, die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung auch in Zukunft wirksam zu fördern. Mit der Aktualisierung des entsprechenden Gesetzes wollen wir das erreichen.

Steuern

Der Nationalrat wird in der Herbstsession die Juso-Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» («99%-Initiative») beraten. Sie verlangt, dass Kapitaleinkommen in einer «fiktiven» Höhe von 150 Prozent und damit deutlich höher als Arbeitseinkommen besteuert werden. Die FDP stellt sich klar gegen diese massive Verschärfung der Progression. Kapital wird investiert und schafft wiederum Innovation und Jobs. Daher würde diese willkürliche Steuererhöhung dazu führen, dass Investitionen, Innovation und Unternehmensgeist schrumpfen – zulasten von 100 Prozent der Bevölkerung.

Beat Walti

Nationalrat ZH und Fraktionspräsident

Podiumsdiskussion mit Korpskommandant Thomas Süssli

Gesamtsystem Armee – Aufgaben der Luftwaffe

Diese Frage werden Bürgerinnen und Bürger am 27. September 2020 an der Urne entscheiden. Die geopolitische Lage ist alles andere als stabil. Die Grossmächte rüsten auf und bauen ihren politischen Einfluss rund um den Globus aus. Und was macht die Schweiz? Steht sie zu ihrer Armee? Ist sie bereit, diese so aufzustellen, auszurüsten und auszubilden, dass sie die Aufträge gemäss Art. 58, Absatz 2 der Bundesverfassung zu erfüllen vermag?

Der Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, nennt in seinem Impulsreferat drei wichtige Gründe für ein neues Kampfflugzeug:

Das Herz: Es geht darum, auch in Zukunft unsere Bevölkerung und unsere Infrastruktur vor Bedrohungen aus der Luft zu schützen.

Das Portemonnaie: Wir finanzieren die neuen Kampfflugzeuge mit dem ordentlichen Budget der Armee. Es ist nicht Geld, das an einem anderen Ort gespart werden muss.



CdA Thomas Süssli am Podium.

Den Kopf: Unsere F/A-18 haben ein Verfalldatum und erreichen 2030 das Ende ihrer Nutzungsdauer. Die Beschaffung dauert zehn Jahre, wir müssen also heute beginnen.

Es geht um den Totalersatz der heutigen Kampfflugzeuge sagt der Projektleiter NKF der Luftwaffe, Oberst i GSt Peter Merz. Die Evaluation führt zum bestgeeigneten Kampfflugzeug für die Schweiz. Es gibt keine Alternativen zu Kampfflugzeugen und bodengestützter Luftverteidigung. Drohnen für den Luftpolizeidienst und die Luftverteidigung existieren nicht. Kampfhelikopter und leichte Kampfflugzeuge sind zu langsam und fliegen zu wenig hoch. Internationale Zusammenarbeit besteht schon heute, verlangt aber eigene Mittel und wird durch die Neutralität begrenzt.

Podiumsteilnehmerin und FDP-Nationalrätin Doris Fiala fasst treffend zusammen: «Sicherheit ist die erste Staatsaufgabe, ohne Sicherheit ist alles andere nichts.»

IN JEDER SITUATION DEN RICHTIGEN SCHUTZ

www.sicherheit-ja.ch

27. September

JA zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Jetzt für Kampagne spenden:
Verein für eine sichere Schweiz | Rubrik Kampagne Air 2030 | 6000 Luzern
CH33 0900 0000 1546 2725 2 | 15-462725-2

FDP Die Liberalen SVP CVP BDP grünliberale EVP SOG SSO SSU

AVIA LUFTWAFFE GEFIM SWISSMEM AERO GUIDE



In unstabilen Zeiten brauchen wir Kontinuität

Claude Meier, Direktor HotellerieSuisse

Im Juli habe ich einige sonnige Ferientage in der Schweiz verbracht. Auf Ausflügen fuhr ich mit der längsten Standseilbahn Europas auf den Niesen oder genoss in Grindelwald den wundervollen Ausblick auf Eiger, Mönch und Jungfrau. Auch in der Stadt habe ich mich entspannt, etwa, wenn ich beim lokalen Bäcker mit Kaffee und Zeitung den Tag gestartet habe.

Diese Vielfalt des Reiselands Schweiz wollen nicht nur wir Schweizerinnen und Schweizer erleben, sondern jährlich auch Hunderttausende von Gästen aus dem Ausland. Die Kündigungsinitiative bedroht die dafür nötige Reisefreiheit, führt in der Folge zu Mehrkosten oder Wartezeiten für Touristen und macht die Schweiz entsprechend unattraktiv. Ein Rückgang der Gästezahl wäre die Konsequenz. Dies müssen wir um jeden Preis verhindern. Der Tourismus steht aufgrund der coronabedingten Krise bereits genug unter Druck. In solch histo-

risch einmaligen Zeiten sind stabile Beziehungen zur EU für den Schweizer Tourismus schlicht überlebenswichtig.

Tourismus vereint gegen die Kündigungsinitiative

Es ist selten, dass sich die wichtigsten Player im Tourismus für eine nationale Abstimmungskampagne zusammenschliessen. Hotel- und Restaurantbesitzer sind per se zurückhaltend im öffentlichen Kundtun ihrer politischen Meinung. Dies aus ver-

ständlichen Gründen: Jeder Gast ist schliesslich willkommen im eigenen Betrieb – unabhängig seiner politischen Couleur. Umso eindrücklicher zeigt das Engagement der Tourismusbranche im Komitee «Nein zur Kündigung – Ja zum Schweizer Tourismus», dass für den Tourismus viel auf dem Spiel steht. Zu viel, um zu schweigen.

Für den Schweizer Tourismus sind die Personenfreizügigkeit und das Schengen-Abkommen zentral. Dank diesen Abkommen profitieren wir von Reisefreiheit in Europa und sind Teil eines einheitlichen Visumsverbands. Damit werden für den Tourismus wichtige Fernmärkte erschlossen und Tausende von Arbeitsplätzen in der Schweiz gesichert. Ein Verlust der Schengenvisums-Bestimmungen würde für den Tourismus gemäss einer Studie des Bundes zu jährlichen Umsatzeinbussen von bis zu einer halben Milliarde Franken führen. Dies wäre für unzählige Betriebe in der aktuellen Situation der Todesstoss und muss verhindert werden.

Offenheit und Vernetzung als Erfolgsfaktoren

Offenheit und Vernetzung sind seit jeher Erfolgsfaktoren für unseren Tourismusstandort. Ohne sie verlieren wir nicht nur Gäste, sondern strahlen eine Haltung aus, welche der Schweiz unwürdig ist. Für die unter dramatischen Umsatzeinbussen leidende Branche muss jetzt eine schnelle Erholung im Vordergrund stehen. Gute wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland sind dafür unverzichtbar. Gerade die Städthotellerie, welche von der Krise am härtesten getroffen wurde, ist darauf angewiesen, dass der Geschäftstourismus wieder anzieht. Doch ohne Personenfreizügigkeit verliert die Schweiz ihr positives Image als international ausgerichteter Standort.

Dieses Jahr ist es für mich selbstverständlich: Meine Ferien verbringe ich in der Schweiz. So geht es vielen meiner Freunde und Bekannten. Doch für sie und mich wird eine Zeit kommen, in welcher uns das Fernweh packt und wir auch wieder ausserhalb der Schweiz auf Entdeckungstouren gehen werden. Das ist völlig legitim. Genauso selbstverständlich sollen Gäste aus dem Ausland wieder die Schweiz als Freizeit- oder Geschäftsdestination ansteuern. Wenn es so weit ist, dürfen sie auf keinen Fall vor geschlossenen Grenzen stehen.

Deshalb sage ich entschieden Nein zur Kündigungsinitiative am 27. September!

Claude Meier (42) ist Direktor des nationalen Verbandes HotellerieSuisse. Der Verband vertritt die Interessen der innovativen und nachhaltigen Beherbergungsbetriebe der Schweiz. Claude Meier kandidiert am 29. November 2020 auf der FDP-Liste für das städtische Parlament von Bern.



Abstimmungen am 27. September

Kinderdrittbetreuung, Vaterschaftsurlaub, Jagdgesetz

Am 27. September kommt es zum Superabstimmungssonntag. Entsprechend schwierig ist es, den Überblick zu behalten. Gerne gebe ich kurz einen Überblick:

«Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten»

Die FDP will die Vereinbarkeit von Beruf und Familie voranbringen und das inländische Arbeitspotenzial besser ausschöpfen. Für beides wird mit der Initiative einen Schritt gemacht. Heute wird der Zweitverdienst ab einem bestimmten Einkommen steuerlich so hart bestraft, dass er sich nicht mehr lohnt. Dies führt dazu, dass Paare die Betreuung von Kindern nicht aufteilen und nur ein Elternteil arbeitet. Indem Eltern künftig statt 10 100 Franken 25 000 Franken von der direkten Bundessteuer abziehen können und auch die allgemeinen Kinderabzüge von 6550 auf 10 000 Franken erhöht werden, steigt die Progressionsschwelle und schafft Anreize für Frauen, um nach der Schwangerschaft wieder einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Insbe-

sondere für gut qualifizierte Mütter ist dies sehr attraktiv. Laut Bundesrat ist kurz- bis mittelfristig mit einer Zunahme von schätzungsweise 2500 Vollzeitstellen zu rechnen. Kurzfristig führt die Massnahme bei der direkten Bundessteuer zu Mindereinnahmen von rund 10 Mio. Franken, langfristig ist aber davon auszugehen, dass sich die Massnahme aufgrund der positiven Beschäftigungsimpulse selbstfinanziert.

«Änderung des Jagdgesetzes»

Das geltende Jagdgesetz stammt aus dem Jahr 1986. Seither hat sich einiges geändert: Zum einen ist die Artenvielfalt in den letzten Jahren stark unter Druck geraten. Das revidierte Jagdgesetz dient dazu, verschiedene Wildtiere und ihren Lebensraum besser zu schützen. Hierzu werden Wildtierschutz-

gebiete sowie Zugvogelreservate und Wildtierkorridore stärker als bisher gefördert, wodurch die Lebensräume von freilebenden Wildtieren verbessert und die Artenvielfalt gestärkt werden. Zum anderen sind mit der Rückkehr des Wolfes und dem Anwachsen der Population seit 1992 neue Probleme entstanden: 2019 lebten rund 80 Wölfe in unserem Land. Manche Wölfe greifen Schafe und Ziegen an. Jährlich werden 300 bis 500 Tiere gerissen. Auch verlieren manche Wölfe die Scheu vor Siedlungen. Mit dem revidierten Jagdgesetz erhalten die Kantone deshalb mehr Kompetenzen, eigene Lösungen für Bedrohungen oder Schäden von Tier und Umwelt zu finden, wenn ihr Kanton betroffen ist. Sie können eigene Gesetze erlassen, geschützte Tierbestände zu regulieren, bevor diese einen effektiven Schaden angerichtet haben (wie beispielsweise Massnahmen zum Wolf) und bevor sich der Bund irgendwann einmal bewegt. Trotz neuen kantonalen Kompetenzen müssen genaue Bedingungen erfüllt sein, bevor die Population eines geschützten Tieres reguliert werden darf.

Maja Riniker, Nationalrätin AG

«Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative»

Es ist ein Grundanliegen der FDP, dass Männer und Frauen in unserer liberalen Gesellschaft ihr Leben frei und eigenverantwortlich gestalten können. Die FDP anerkennt insbesondere auch die wichtige Rolle beider Elternteile in der Familie. Die FDP hat sich im Parlament deshalb mit Herzblut für einen 16-wöchigen Elternurlaub eingesetzt, denn dieser bietet eine flexible Lösung, statt alte Rollenmodelle zu zementieren. Die acht ersten Wochen nach der Geburt wären für die Mutter reserviert. Die weiteren acht Wochen könnten flexibel und einvernehmlich auf beide Eltern verteilt werden. Die Delegierten haben an der Delegiertenversammlung intensiv diskutiert, ob der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub ein geeigneter Kompromiss ist. Am Ende fiel das Ergebnis äusserst knapp aus: 134 Nein- zu 133 Ja-Stimmen bei acht Enthaltungen. Der staatlich verordnete zweiwöchige Vaterschaftsurlaub ist deshalb nicht die von der FDP gewünschte Lösung. Zudem wären die damit verbundenen Kosten für die KMU in der aktuellen Corona-Krise eine zusätzliche Herausforderung. Die FDP empfiehlt deshalb den Vaterschaftsurlaub abzulehnen und wird sich weiterhin für eine Elternzeit einsetzen, welche den Paaren Flexibilität lässt.



Nein zur «UVI»

Hehres Ziel, vermessener Weg

Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» verlangt, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz auch im Ausland Haftung für Menschenrechtsverletzungen und Missachtungen von Umweltstandards übernehmen sollen. Die Forderung, dass Unternehmen verantwortungsvoll handeln müssen, ist unterstützenswert. Die von den Initianten vorgeschlagenen Instrumente, die in der Schweizer Bundesverfassung festgesetzt werden sollen, sind aber nicht zielführend. Im Gegenteil. Die Initianten wollen in der Schweiz die weltweit faktisch strengsten Haftungsregeln einführen und legen damit unserer von Corona gebeutelten Wirtschaft unverhältnismässige Fesseln an.

Am 29. November stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative, kurz UVI, ab, die von 50 verschiedenen Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen eingereicht wurde. Sie verfolgt ein hehres Ziel: Unternehmen mit Sitz in der Schweiz müssen die Menschenrechte und internationalen Umweltstandards auch ausserhalb der Schweiz respektieren. Verletzt ein Unternehmen

Menschenrechte oder missachtet verbindliche Umweltstandards im Ausland, soll es in der Schweiz zur Rechenschaft gezogen werden können.

Sippenhaftung

Hört sich gut an. In der Praxis bedeutet das jedoch, dass Schweizer Unternehmen den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt künftig verbindlich

in ihrer gesamten Wertschöpfungskette, bis hin zum letzten Zulieferer, garantieren müssen. Mit der Annahme der Initiative werden Schweizer Unternehmen damit auch für Tätigkeiten von anderen Firmen haften, die sie zwar wirtschaftlich kontrollieren, bei denen sie aber nicht direkt am operativen Geschäft beteiligt sind. Gleiches gilt für Lieferanten, auf die sie – wenn überhaupt – nur beschränkt Einfluss haben.

Bei Volksinitiativen sind die hehren Ziele leider nicht entscheidend. Es sind die vorgeschlagenen Instrumente, die zählen. Denn diese sind es, die schliesslich in unserer Bundesverfassung verankert werden. So ist es selbstverständlich, dass Schweizer Unternehmen verantwortungsvoll handeln müssen. Um das sicherzustellen, schlägt die UVI jedoch Instrumente vor, die unnötig und kontraproduktiv sind und den Wirtschaftsstandort Schweiz unmittelbar und erheblich schaden würden.

Bedrohung für Standort Schweiz

Durch die Einführung von weltweit einzigartig strengen Haftungsregeln würde die Schweiz als Standort für internationale Unternehmen deutlich an Attraktivität verlieren. Davon betroffen wären wir alle – die Bedeutung, die Schweizer Konzerne für unser Land haben, wird häufig unterschätzt: Rund ein Drittel der Arbeitsplätze, der Steuereinnahmen und des Bruttoinlandsprodukts entfallen auf international tätige Schweizer Konzerne!

Auch KMU wären betroffen

Schliesslich zielen die Initianten zwar auf die Konzerne ab. Sie werfen in ihrem Eifer aber auch die kleinen und mittelgrossen Unternehmen der Schweiz mit den Konzernen in denselben Topf. Zwar besagt der Initiativtext, dass der Bund bei der Umsetzung der Sorgfaltsprüfungspflicht Rücksicht auf unsere KMU nehmen soll. Er schliesst sie aber von der Haftungsspflicht nicht aus. Ist ein KMU also von einem wichtigen Zulieferer im Ausland abhängig, sind die Bestimmungen der UVI direkt auf das Schweizer KMU anwendbar.

Ausgewogener Gegenvorschlag

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es klar, dass wir uns derart radikale Bestimmungen, wie sie die UVI fordert, nicht leisten können. Darum müssen wir uns bereits jetzt für ein Nein am 25. November 2020 einsetzen. Dies gesagt, gilt es noch zu erwähnen, dass bei einer Ablehnung der Initiative ein Gegenvorschlag von Bund und Parlament in Kraft treten wird. Dessen strikte Regeln nehmen die Schweizer Unternehmen in die Verantwortung, sind gleichzeitig international abgestimmt und entsprechend für die Wirtschaft tragbar.

Ruedi Noser, Ständerat ZH



Die Flugzeuge der Schweizer Luftwaffe kommen per 2030 nach über 30 bzw. nach über 50 Jahren Einsatz an ihr Lebensende. Sie müssen daher ersetzt werden, wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten.

Die neuen 30 bis 40 Flugzeuge werden rund 30 bis 40 Jahre, also bis etwa 2070, im Einsatz stehen. Für die Ersatzbeschaffung haben Bundesrat und Parlament einen Kreditrahmen von 6 Mrd. Franken gesprochen. Die Anschaffungskosten und die späteren Unterhalts- und Betriebskosten werden aus dem ordentlichen Armeebudget bezahlt. Kein anderer staatlicher Bereich, weder Bildung noch Gesundheit, muss Finanzkürzungen in Kauf nehmen. Die Zahlentrickserei der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) ist unredlich und unserer direkten Demokratie unwürdig. Den Gegnern geht es, wie der Name der Referendumsführer bereits besagt, ohnehin nur um die Abschaffung der Armee. Denn die Bodentruppen einer Armee sind ohne Luftwaffe ungeschützt und damit wirkungslos.

Kein Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch

Fakt ist, dass die Alternative zur Erneuerung der Luftwaffe wäre, dass unser Luftraum nicht mehr geschützt ist. Da unsere Bevölkerung aus der Luft

mit Flugzeugen von 1978 und 1996 geschützt wird und beide Typen bald das Ende ihrer vertretbaren Einsatzzeit erreichen, zeichnet sich im Luftraum eine Sicherheitslücke ab dem Jahr 2030 ab. Es wäre nicht zu verantworten, wenn unser Land unsere Bevölkerung vor Angriffen aus der Luft nicht mehr schützen könnte. Es gibt nicht ein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch. Kein Land schafft seine Luftwaffe ab und konzentriert sich nur noch auf Cyber-Abwehr und Pandemie-Bekämpfung. Genauso, wie der Schutz unseres Landes am Boden durch Polizei, Grenzwachtkorps, Zivilschutz, Armee usw. gewährleistet wird, muss unser Luftraum durch die Luftwaffe überwacht, kontrolliert und geschützt werden – und zwar in 300 bis 350 Einsätzen pro Jahr. Der Luftraum über unserem Land ist einer der meistbeflogendsten der Welt. Die Sicherheit der Menschen in unserem Land wird durch einen ganzen Verbund gewährleistet. Alle Bestandteile dieser Kette brauchen die notwendigen Fähigkeiten und Mittel, um ihre Auf-

gabe meistern zu können. Die Luftwaffe braucht es in normalen Lagen, aber besonders auch in Krisen. Wenn die Schweiz aber erst in einer Krise an deren Bekämpfung denkt, sind wir zu spät. Ein ordentlicher Beschaffungsprozess der Flugzeuge dauert rund zehn Jahre an. Die Feuerwehr denkt auch nicht erst an den Kauf eines Tanklöschfahrzeugs, wenn das Haus brennt.

Bewaffnete Neutralität ist Verfassungsrecht und völkerrechtliche Verpflichtung

Zudem werden wichtige Anlässe wie UNO-Konferenzen oder das World Economic Forum WEF in Davos aus der Luft geschützt. Hinzu kommt, dass unsere Luftwaffe Überflüge von Flugzeugen aus Staaten unterbindet, welche in kriegerische Konflikte involviert sind. Damit schützen und verteidigen wir unsere Neutralität und können unsere aussen- und friedenspolitische Rolle auch bezüglich Friedensverhandlungen glaubwürdig wahrnehmen, ohne dem Vorwurf zu begegnen, eine Seite mehr zu gewichten. Der Schutz in der Luft ist da-



Thierry Burkart

mit ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheit und unserer Neutralität. Der ordentliche Evaluations- und Beschaffungsprozess für neue Flugzeuge beansprucht rund 10 Jahre. Der Schutz des Luftraums über Europa wird bereits jetzt in Kooperation wahrgenommen. Kooperation bedingt aber, dass auch wir unseren Teil dazu beitragen. Das ist ein Verfassungsauftrag und eine völkerrechtliche Verpflichtung. Helikopter, Trainingsflugzeuge oder Drohnen erfüllen die technischen Anforderungen dazu nicht. Das bestätigen alle Experten. Wenn wir auch ab 2030 unseren Luftraum und damit die Menschen in diesem Land schützen möchten, dann sollten wir an der Volksabstimmung vom 27. September unbedingt Ja zur Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen sagen.

**Thierry Burkart, Ständerat AG,
Präsident der Kampagne Air2030**



«Kündigungsinitiative ist ein Hochrisikospiegel»

Karin Keller-Sutter im Interview

Am 27. September stimmen wir über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Die Initiative führt zu einer politischen und wirtschaftlichen Abschottung der Schweiz. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Kündigungsinitiative.

Frau Keller-Sutter, was für Folgen hätte eine Annahme der Kündigungsinitiative? Die Begrenzungsinitiative ist ein Hochrisikospiegel. Sie verlangt, dass der Bundesrat die Personenfreizügigkeit in Verhandlungen innerhalb eines Jahres ausser Kraft setzt. Gelingt das nicht, muss der Bundesrat das Abkommen innert 30 Tagen kündigen. Bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit fallen die anderen sechs Abkommen der Bilateralen I automatisch dahin. Damit hätten wir einen vertragslosen Zustand mit unserem wichtigsten Handelspartner. Die Folgen wären weniger Wohlstand und der Verlust von Arbeitsplätzen. Wir Freisinnigen haben den bilateralen Weg stets befürwortet. Sorgen wir am 27. September dafür, dass dieser weitergeführt werden kann.

Reicht ein einfaches Handelsabkommen mit der EU für den Handel nicht aus? Das Freihandelsabkommen von 1972 ist zwar wertvoll, es sieht aber im Unterschied zu den bilateralen Verträgen keinen Marktzugang vor. Geregelt werden darin vor allem Zollfragen. Für uns als kleines, aber exportstarkes Land bleibt der möglichst hindernisfreie Handel mit der EU zentral. So fallen beispielsweise zwei Drittel der exportierten Industriegüter unter das Abkommen über technische Handelshemmnisse.

«Man kann nicht eine Krise mit einer neuen Krise bekämpfen.»

Ein Wegfall dieses Abkommens würde nicht nur den Marktzugang behindern, sondern auch zu mehr Kosten und Bürokratie führen.

Weshalb brauchen wir mehr Zuwanderung, wenn die Arbeitslosigkeit ohnehin steigt? Der Bundesrat möchte nur so viel Zuwanderung wie nötig. Deshalb hat er gemeinsam mit den Sozialpartnern Massnahmen zur Förderung der inländischen Arbeitskräfte ergriffen. Es trifft zu, dass die Arbeitslosigkeit wegen der Corona-Krise angestiegen ist. Wir alle arbeiten daran, dass es sich hierbei um einen kurzfristigen wirtschaftlichen Schock handelt. Wenn wir die Personenfreizügigkeit kündigen und damit die Bilateralen I aufs Spiel setzen, verlängern wir die Krise und schaffen mehr Arbeitslosigkeit. Man kann nicht eine Krise mit einer neuen Krise bekämpfen.

Sie absolvierten während Ihrer Ausbildung einen Studienaufenthalt in London und studierten in einem Austauschsemester an der Universität in Montreal. Welche Auswirkungen hätte die Annahme dieser Initiative auf unseren Forschungs- und Bildungsstandort? Die Studienaufenthalte in Grossbritannien und Kanada waren für mich sehr wertvoll und haben mich geprägt. Ich bin dankbar, dass mir meine Eltern dies ermöglicht haben. Eine Annahme der Initiative würde die Mobilität der Studierenden und der Forschenden einschränken. Für viele Talente aus dem Ausland wäre der Zugang zu einer Schweizer Hochschule versperrt. Umgekehrt hätten Schweizer Forschende und Studierende Probleme, sich im europäischen Ausland weiter zu entwickeln, wodurch ihre Karriere behindert werden könnte. Die Dachorganisation der Schweizer Hochschulen Swissuniversities spricht sich deshalb gegen die Kündigungsinitiative aus.

Wenn Sie einen Blick in die Kristallkugel wagen könnten: Wie sehen Sie das Verhältnis der Schweiz zu Europa in fünf Jahren? Ich bleibe lieber in der Realität. Am 27. September geht es faktisch darum, ob die Schweiz den bilateralen Weg weiterführen will oder nicht. Der Bundesrat hat in den letzten Monaten alles daran gesetzt, die Schweiz durch die Krise und aus der Krise zu führen. Dazu gehört auch ein Nein zur Begrenzungsinitiative und ein Ja zur Fortführung des bilateralen Wegs.

Interview: Sven Marti

Unterschreiben Sie jetzt die Renteninitiative!

Für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge

Die AHV ist in 15 Jahren bankrott, und in der 2. Säule werden jährlich 7 Mrd. Franken umverteilt. Mit solch düsteren Prognosen erodiert auch das Vertrauen in unser System: Im Sorgenbarometer steht die Altersvorsorge ganz zuoberst. Nun muss die Politik Lösungen aufzeigen. In einer Metastudie untersuchten Wissenschaftler der Uni Luzern die häufigsten Argumente gegen ein höheres Rentenalter. Und sie stellen fest: Die Schweiz ist bereit für ein höheres Rentenalter.

Der Reformstau in der Altersvorsorge ist riesig. Für die nächste AHV-Reform (AHV 21) stehen jedoch einmal mehr nur kurzfristige finanzielle Massnahmen im Vordergrund. Dabei sind die Vorbehalte gegen ein höheres Rentenalter in der Schweiz unbegründet. Denn die in einem neuen Gutachten diskutierten Zahlen und wissenschaftlichen Studien legen nahe, dass sowohl die Gesundheit der Menschen wie auch der Arbeitsmarkt auf eine Erhöhung des Rentenalters bestens vorbereitet wären.

Ü50 gut im Arbeitsmarkt integriert

Insbesondere das Argument, dass Ü50 keine Jobs finden, kann nicht gezählt werden. Die älteren Arbeitnehmer sind äusserst gut in den Schweizer Arbeitsmarkt integriert. Die Arbeitsmarktbeteiligung der älteren Bevölkerung steigt seit Jahren an

und ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Ein generelles Arbeitslosigkeitsproblem für ältere Arbeitnehmer besteht nicht – im Vergleich zu anderen Altersgruppen ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor unterdurchschnittlich. In den nächsten Jahren wird die demografische Entwicklung zu einer spürbaren Verknappung des Arbeitsangebotes führen, was der Nachfrage nach älteren Arbeitskräften zusätzlichen Schub verleihen dürfte.

«70 ist das neue 60»

Dank steigendem Wohlstand und medizinischem Fortschritt ist die Lebenserwartung in der Schweiz im Laufe des 20. Jahrhunderts stark angestiegen. Die Menschen werden aber erfreulicherweise nicht nur immer älter, sondern bleiben auch länger gesund. Wie die Forschung zeigt, hat sich der Alte-

rungsprozess um ein Jahrzehnt nach hinten verschoben («70 ist das neue 60»).

Gesundheit im Alter wird besser

Hatten 65-Jährige im Jahr 1992 durchschnittlich noch 11 bis 12 Jahre in guter Gesundheit vor sich, sind in der Zwischenzeit weitere 3 Jahre dazugekommen. Sowohl in der Altersklasse 55 bis 64 wie auch in der Altersklasse 65 bis 74 beschreiben gut drei Viertel der Personen beider Geschlechter ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut. Das Alter 65 stellt keine Schwelle dar, an der gesundheitliche Probleme bemerkbar zunehmen würden. Gesundheit ist entsprechend nicht die Hauptursache für den Zeitpunkt der Pensionierung.



Patrick Eugster

Ältere Arbeitnehmer bleiben produktiv

Während die physische und kognitive Leistungsfähigkeit ihren Höhepunkt schon in relativ jungen Jahren erreicht, steigen Faktoren wie Erfahrungswissen, Führungskompetenz und Beurteilungsvermögen über die Lebenszeit an. Erkenntnisse der neueren Literatur deuten darauf hin, dass die Arbeitsproduktivität im Alter (d.h. in den Jahren vor dem ordentlichen Rentenalter) konstant bleibt. Das Vorurteil, ältere Erwerbstätige seien im Vergleich zu jüngeren Arbeitskollegen weniger produktiv, kann somit nicht bestätigt werden.

Fazit

Für eine nachhaltige Sanierung der Altersvorsorge haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder wir erhöhen die Mehrwertsteuern um rund 50 Prozent – ein Durchschnittshaushalt zahlt so jährlich fast 3000 Franken mehr! Oder aber wir arbeiten etwas länger. Länger arbeiten ist möglich – dies zeigt das Gutachten eindeutig auf. Der Weg ist also frei für nachhaltige AHV-Finzen. Jetzt müssen wir ihn nur noch zusammen beschreiten.

Patrick Eugster

Präsident des Komitees Renteninitiative

Wir brauchen Sozialwerke, die gesichert sind, so dass auch unsere Enkelkinder den gleichen sozialen Schutzschild haben wie die heutigen Rentnerinnen und Rentner. Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ist ein Schritt in diese Richtung. Unterschreiben auch Sie den beigelegten Unterschriften-Bogen!

Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen



Herzlich willkommen!

Aus dem Generalsekretariat

Fanny Noghero ist neue Generalsekretärin

Am 14. Juli hat die Parteipräsidentenkonferenz Fanny Noghero einstimmig zur neuen Generalsekretärin gewählt. Sie ist eine ehemalige Journalistin und kennt als ehemalige Geschäftsführerin der FDP Neuenburg die Partei und ihre Basis hervorragend. Als erste Vertreterin der Romandie in dieser Position verbindet die Neuenburgerin, die auch fließend Italienisch spricht, die Sprachregionen optimal. Zurzeit leitet sie die Gesamtkommunikation der FDP Schweiz. Wir gratulieren Fanny Noghero sehr herzlich zu ihrer Wahl und freuen uns auf die Zusammenarbeit. Sie übernimmt die Position von Samuel Lanz per 1. Oktober 2020.



Fanny Noghero



Samuel Lanz

Samuel Lanz verlässt das Generalsekretariat der FDP

Mit grossem Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Samuel Lanz sich entschieden hat, das Generalsekretariat per Ende September zu verlassen und sich einer neuen Herausforderung anzunehmen. Er wird neu Leiter der Kommunikation und Mitglied der Geschäftsleitung bei Interpharma, dem Verband der forschenden Pharmaunternehmen der Schweiz. «Sämi» führte seit 2014 das Generalsekretariat und reorganisierte es in eine schlagfertige, professionelle Kampagnenorganisation. Weiter trug er wesentlich zum erfolgreichen Abschneiden der FDP bei mehreren Bundesratswahlen und zahlreichen Volksabstimmungen bei. Die FDP dankt «Sämi» für seinen langjährigen und unermüdlichen Einsatz und die vielen tollen Erlebnisse.

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Begrenzungsinitiative (Kündigungsinitiative)



NEIN

Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (Vaterschaftsurlaub)



JA

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge



JA

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Erhöhung Kinderabzüge)



JA

Änderung des Jagdgesetzes

Öffentliches Fachreferat

Einladung

Peter Regli
Divisionär a.D., Dipl. Masch.-Ing. ETH,
ehem. Chef des Schweizer
Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz,
spricht zum Thema:



Unsere nationale Sicherheit nach der Corona-Pandemie

Donnerstag 8. Oktober 2020 in Bern
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27 oder:
per Öv mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m
zu Fuss, via Herzogstrasse -> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.)

Donnerstag 22. Oktober 2020 in Zürich
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

FDP

Die Liberalen



**Nein zur
Kündigungsinitiative**

www.fdp.ch